

Datenschutzrechtlicher Hinweis nach Artikel 13 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU DSGVO)

Informationen zur Erhebung von personenbezogenen Daten bei der Einreichung Ihres Vorschlags im Rahmen des „Kontinuierlichen Verbesserungsprogramms in der Bundeswehr“ (KVP)

- **Kontaktdaten des datenschutzrechtlich Verantwortlichen**

- Präsidentin/Präsident des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr

Fontainengraben 200

53123 Bonn

Postanschrift: Postfach 29 63, 53019 Bonn

Telefon: +49 (0)228 -5504 -0

Telefax: +49 (0)228 -5504 -5761

E-Mail: baiudbwpoststelle@bundeswehr.org

- **Kontaktdaten des Beauftragten für den Datenschutz**

Die/der Beauftragte für den Datenschutz in der Bundeswehr

Fontainengraben 150

53123 Bonn

Postanschrift: Postfach 13 28, 53003 Bonn

Telefon: +49 (0) 228 12 - 13 941

Telfax: +49 (0)228 12 - 33 43 940

- **Zwecke der Verarbeitung**

Im Rahmen des KVP ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen in der Bundeswehr (Referat FC II 3 KVP-Management) nach Nr. 108 der Zentralen Dienstvorschrift A-2330/1 „Das Kontinuierliche Verbesserungsprogramm in der Bundeswehr“ für alle Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben zur Bearbeitung von KVP-Vorschlägen zuständig.

Zur Vorschlagsbearbeitung ist es erforderlich, die im Formular abgefragten personenbezogenen Daten zu erheben. Die zu erhebenden Daten ergeben sich aus den Vorgaben der Zentralen Dienstvorschrift A-2330/1 und werden benötigt für:

- die Kommunikation mit den vorschlagenden Personen (z. B. für Rückfragen oder Zwischen-/Abschlussmitteilungen),
- die Prüfung von KVP-Vorschlägen (z. B. zur Klärung von Sachverhalten mit den fachlich zuständigen Stellen) sowie
- die Auszeichnung von KVP-Vorschlägen (z. B. zur Feststellung, ob die vorgeschlagene Lösung einer Tätigkeit im Rahmen des dienstlichen Aufgabenbereichs der vorschlagenden Person zuzuordnen ist).

- **Rechtsgrundlagen der Verarbeitung**

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 e, Abs. 3 b EU DSGVO i.V.m. § 3 Bundesdatenschutzgesetz verarbeitet.

- **Freiwilligkeit der Datenbereitstellung**

Die Einreichung eines Verbesserungsvorschlags im Rahmen des KVP ist freiwillig und umfasst auch die Bereitstellung Ihrer für die Vorschlagsbearbeitung erforderlichen Daten. Eine Pflicht zur Bereitstellung besteht insoweit nicht.

- **Empfänger oder Kategorien von Empfängern**

Zur ordnungsgemäßen Bearbeitung Ihres KVP-Vorschlags werden die von Ihnen eingereichten Unterlagen (Nrn. 1 bis 7 des Formulars) mit Ihren Kontaktdaten (Name, Vorname, Dienstgrad/Amtsbezeichnung/Dienstbezeichnung, Beschäftigungsdienststelle, Telefon und E-Mail, ggf private Anschrift, Telefon und E-Mail) weitergegeben an:

- die Dienststellenleitung Ihrer (ggf letzten) Beschäftigungsdienststelle und nach deren Maßgabe der bzw. dem von ihr bestellten KVP-Beauftragten sowie
- die mit der Bewertung und Entscheidung des Vorschlags betrauten Stellen.

Letzteres gilt nicht, wenn Sie eine anonyme Bewertung und Entscheidung Ihres KVP-Vorschlags wünschen (Nr. 11 des Formulars).

Wird Ihr KVP-Vorschlag mit einer Geldprämie ausgezeichnet, werden die benötigten Daten übermittelt an:

- die gebührensahlende Stelle zur Zahlbarmachung der Prämie sowie
- die personalbearbeitende Stelle zur Aufnahme einer Kopie der Abschlussmitteilung in die Personalakte.

Soweit Daten elektronisch verarbeitet werden, erfolgt der technische Betrieb der Datenverarbeitungssysteme durch zentrale Rechenzentren der BWI GmbH.

- **Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen**

Die Übermittlung Ihrer Daten an ein Land außerhalb der Europäischen Union oder eine internationale Organisation ist nicht beabsichtigt.

- **Automatisierte Entscheidung**

Es besteht keine automatisierte Entscheidungsfindung.

- **Dauer der Speicherung**

Ihre Daten werden nach der Erhebung und für einen Zeitraum von sechs Jahren nach Abschluss des KVP-Verfahrens gespeichert.

- **Betroffenenrechte**

Ihnen stehen die folgenden Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

- Auskunft über die verarbeiteten Daten (Art. 15 EU DSGVO),
- Berichtigung der verarbeiteten Daten (Art. 16 EU DSGVO),

- Löschung der verarbeiteten Daten (Art. 17 EU DSGVO),
- Einschränkung der Verarbeitung von Daten (Art. 18 EU DSGVO),
- Datenübertragbarkeit (Art. 20 EU DSGVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung von Daten (Art. 21 EU DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft der Verantwortliche, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

- **Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde**

Ihnen steht das Recht auf Beschwerde (Art. 77 EU DSGVO) bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu:

Die/der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
53117 Bonn

Telefon: 0228/997799-0

Fax: 0228/997799-5550

E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de